Plenarprotokoll 10/190

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

190. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 23. Januar 1986

Inhalt:

(A) (C)

190. Sitzung

Bonn, den 23. Januar 1986

Beginn: 8.00 Uhr

Präsident Dr. Jenninger: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Zusatztagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Die Fraktion der SPD hat gemäß Nr. 1c der Anlage 5 unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema

Haltung der Bundesregierung zum Atomtestverbot

verlangt.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Scheer.

(B)

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat die Aktuelle Stunde zur **Haltung der Bundesregierung zum Atomteststopp** beantragt, weil in den letzten Tagen deutlich wurde, daß die Bundesregierung in dieser Frage eine drastische **Positionsänderung** vollzogen hat. Diese hat sich seit Monaten angedeutet; jetzt wird sie offenkundig. Zumindest bestehen Zweifel über die tatsächliche Haltung. Wir lassen es aber der Bundesregierung nicht durchgehen, daß sie nach außen Abrüstung sagt und tatsächlich nichts davon hält.

Zum Sachverhalt: 1963 schlossen Kennedy, Macmillan und Chruschtschow das **Teststoppabkommen.** Es bezog allerdings die Versuche unter der Erde noch nicht ein. Der Grund lag darin, daß die Sowjetunion noch nicht bereit war, die für einen umfassenden Teststopp notwendigen **Inspektionen an Ort und Stelle** zuzulassen.

Seit dieser Zeit wird über einen umfassenden Teststopp verhandelt. Immer hieß es, die einzige Bedingung dafür sei die Lösung der Kontrollfrage. Das war auch immer die einhellige Auffassung aller Bundesregierungen und der im Bundestag vertretenen Parteien. Einhellig.

Die Erfüllung der Bedingung einer Kontrollierbarkeit müßte also die sofortige Bereitschaft der Bundesregierung auslösen, den umfassenden Teststopp unverzüglich in die Wege leiten zu helfen. Nichts anderes ist auch aus der Erklärung des Bundeskanzlers herauszulesen, die er noch am 9. Januar 1986 abgegeben hat.

Die **Sowjetunion** hat jetzt, nachdem auch technische Fortschritte im Hinblick auf die Kontrolle erfolgt sind — mit Hilfe auch der Bundesregierung —, endlich die Bereitschaft erklärt, **Ortsinspektionen** zuzulassen. Gemessen an ihren eigenen Worten müßte von der Bundesregierung jetzt die sofortige Vereinbarung eines umfassenden Teststopps verlangt werden. Es wäre verantwortungslos, diese Chance auszulassen. Es wäre eine politische Selbstverleugnung, das jetzt nicht zu fordern bzw. nicht wirklich praktisch in die Wege zu leiten, nur weil die gegenwärtige amerikanische Regierung erklärtermaßen an einem umfassenden Teststopp kein Interesse hat. Erklärtermaßen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Aber statt die erste tatsächliche Chance für einen Teststopp zu nutzen, tut die **Bundesregierung** das Gegenteil. Bereits durch die Zustimmung zum **SDI-Programm** hat sie das Teststoppziel praktisch aufgegeben;

(Berger [CDU/CSU]: Ach ja!)

denn für die SDI-Entwicklung braucht man Atomexplosionen. Wer also dem SDI-Programm zustimmt, der muß logischerweise den Teststopp blockieren.

(Berger [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Sie hoffen darauf, daß die Öffentlichkeit diesen Zusammenhang nicht erkennt.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Abenteuerliche Konstruktion!)

Sie wollen sich an weiterer atomarer Rüstung beteiligen, ohne sich dabei erwischen zu lassen! Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Oh-Rufe bei der CDU/CSU — Bohl [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da sagen!)

Aber es kommt noch deutlicher. In der letzten Woche erklärte **Staatssekretär Rühl** im Verteidigungsausschuß wörtlich

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Wo ist der Bundesminister der Verteidigung? — Zuruf von der SPD: Wo ist der Herr Staatssekretär?)

Dr. Scheer

(A) erstens, daß eine **begrenzte Anzahl von Atomtests** notwendig bliebe, zweitens, daß ein umfassender Teststopp nicht am Anfang der atomaren Rüstungskontrolle stehen könne, und er sagte drittens, daß dem umfassenden Teststopp langfristig Bedeutung beigemessen werde.

Noch im jüngsten **Abrüstungsbericht** der Bundesregierung steht dem gegenüber, daß die Verwirklichung eines umfassenden Teststopps nicht gleichbedeutend mit der Reduzierung von Atomwaffen sei.

(Berger [CDU/CSU]: Eben!)

Wenn Worte noch einen Sinn haben, dann ist das, was im Abrüstungsbericht steht, das glatte Gegenteil von dem, was in der letzten Woche von Staatssekretär Rühl gesagt worden ist.

(Dr. Vogel [SPD]: Herr Strauß sagt das jeden Tag!)

Sie können die Öffentlichkeit nicht so hinter das Licht führen.

(Berger [CDU/CSU]: So viel künstliche Aufgeregtheit!)

Entweder distanzieren Sie sich von den Äußerungen des Staatssekretärs Rühl, oder Sie müssen sich gefallen lassen, daß Ihre Position in Zweifel gezogen wird.

(Berger [CDU/CSU]: Das tun Sie auch immer! — Klein [München] [CDU/CSU]: Falsche Tonlage! Die deutschen Atomtests sofort einstellen!)

(B) Sie haben aus dem kurzfristigen Ziel allenfalls ein langfristiges gemacht, und nach der Erfüllbarkeit aller bisher gestellten Bedingungen — diese Frage müssen Sie sich gefallen lassen, auch wenn es Ihnen unangenehm ist, da diese Frage keine Spielerei ist — wäre das der Beginn der atomaren Abrüstung. Sie haben mit uns zusammen Bedingungen formuliert. Jetzt werden sie eingelöst oder sind einlösbar, und jetzt sind auf einmal ganz andere Bedingungen im Spiel. Das ist der Punkt, den man Ihnen nicht durchgehen lassen kann.

Es tut uns leid, Ihre Haltung ist verlogen, und sie muß so bezeichnet werden,

(Klein [München] [CDU/CSU]: Wenn Sie nicht begreifen, dann beschimpfen Sie! Das ist eine Frage der Intelligenz, Herr Kollege! — Bohl [CDU/CSU]: Frechheit!)

wenn Sie nicht die Möglichkeit haben, sich von diesen Äußerungen, die protokollarisch festgehalten sind, zu distanzieren, die das glatte Gegenteil von dem ausmachen, was die offiziellen Erklärungen sind.

(Beifall bei der SPD — Berger [CDU/CSU]: Das stimmt ja gar nicht! Sie wollten verdrehen, sonst nichts! — Lamers [CDU/CSU]: Sie haben das nicht begriffen!)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Dr. Scheer, ich muß den Ausdruck „verlogen" als unparlamentarisch zurückweisen.

(Berger [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lamers. (C)

Lamers (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte — das hat der Kollege Scheer gerade eindrucksvoll unter Beweis gestellt — ist der sich in einer ganzen Reihe ähnlicher Vorhaben einreihende Versuch der SPD, die **Haltung der Bundesregierung** und der sie tragenden Parteien **in Fragen der Abrüstung,** heute in der Frage des Teststopps in Zweifel zu ziehen. Meine Kolleginnen und Kollegen, dieser Versuch wird ebenso wie alle anderen Versuche mißlingen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Haltung der Bundesregierung und meiner Fraktion in dieser Frage war, ist und bleibt über jeden Zweifel erhaben und klar. Es wird Ihnen nicht gelingen, uns als jemanden hinzustellen, der, amerikanischen Bedenken folgend, Positionen just in einem Augenblick aufgibt, wo sich die Sowjetunion in dieser Frage positiv entwickelt zu haben scheint. Nein, dieser Versuch, meine Kolleginnen und Kollegen, wird scheitern, da die Fakten eindeutig sind. Er wird auf Sie zurückfallen, weil wieder einmal Ihre Bereitschaft offen zutage treten wird, deutsche und amerikanische Positionen aus Prinzip in Zweifel zu ziehen

(Klein [München] [CDU/CSU]: Wenn es Moskau wünscht!)

und, ohne die sowjetische Position auf Motive, Hintergründe und Einzelheiten zu überprüfen, diese zu unterstützen.

Staatsminister Möllemann hat — ich glaube im vergangenen Jahr mindestens dreimal — die Haltung der Bundesregierung hier in diesem Hohen Haus und bei anderer Gelegenheit zu der Frage des Teststopps dargelegt und sie als ein unverrückbares Ziel der deutschen Politik hingestellt. (D)

(Zustimmung des Abg. Dr. Weng [Gerlingen] [FDP])

Meine Fraktion hat die Bundesregierung in dieser Haltung stets unterstützt, und sie tut dies auch heute und wird es morgen tun.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Mit sechs Kolleginnen und Kollegen!)

Wenn unsere, die feste und einmütige **Haltung der Koalition** überhaupt noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, meine Kolleginnen und Kollegen, dann wäre dieser Beweis vom **Bundeskanzler** in seiner **Presseerklärung** vom 9. Januar 1986 erbracht worden. Er hat die Frage eines umfassenden Teststopps in seine Erklärung aufgenommen und ihr damit den Rang gegeben, den sie auch nach unserer Überzeugung hat. Ich begrüße dies ausdrücklich ebenso wie die Bemerkungen, die er zu der neuerlichen **sowjetischen Bereitschaft zu Vor-Ort-Inspektionen** gemacht hat. Gerade angesichts der Bedeutung, die die Vereinigten Staaten dieser Frage zu Recht bislang beigemessen haben, erscheint uns diese sowjetische Bewegung beachtenswert.

Begrüßenswert ist aber auch — und das belegt das amerikanische Interesse an dieser Frage —, daß **Präsident Reagan** diesem sowjetischen Schritt

Lamers

(A) umgehend mit dem Vorschlag beantwortet hat, ihn durch **Expertengespräche,** die bereits im Februar 1986 beginnen sollen, konkretisieren zu lassen.

Aber — ich glaube, das hat der Kollege Scheer nicht richtig begriffen — das Ziel eines umfassenden **Teststopps** kann natürlich nicht isoliert von dem Ziel drastischer **Reduzierung atomarer Waffen** gesehen werden. Diesem Zusammenhang trägt ganz offensichtlich auch der neueste sowjetische Vorschlag Rechnung. Ich nehme an, daß wir alle das Ziel der Reduzierung als vorrangig ansehen. Der Versuch, allein über umfassende Teststopps zu drastischen Reduzierungen oder gar zur Abschaffung von Kernwaffen zu gelangen, hätte den typischen Patentrezept-Charakter; und Patentrezepte funktionieren bekanntlich nie.

(Dr. Schierholz [GRÜNE]: Warten Sie doch mal ab, Herr Lamers! Das ist doch ein erster Schritt!)

Reduzierung von Teststopps müssen Hand in Hand gehen und Schritt für Schritt verwirklicht werden. Das Bemühen um einen umfassenden Teststopp muß in den Gesamtprozeß der Abrüstungsverhandlungen eingebettet sein. Dieser Prozeß beinhaltet umfassende, tiefgreifende und nachprüfbare Reduzierung von Kernwaffen, größere Ausgewogenheit vor allem bei den konventionellen Kräften, erweiterte vertrauensbildende Maßnahmen und verbesserte Nachprüfungsmöglichkeiten.

Herr Kollege Scheer, genau auf diesen Zusammenhang hat Staatssekretär Rühl in der Sitzung
(B) des Verteidigungsausschusses hingewiesen.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Da waren Sie doch gar nicht da!)

Es mag sein, daß Sie das bislang nicht richtig begriffen haben. Aber das ist Ihr Problem, nicht das Problem der Regierung. Auf diesen Zusammenhang hat er hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Das war, ist und bleibt die Position der Bundesregierung und unserer Fraktion.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Horn [SPD]: Sie waren doch gar nicht da! Sie reden wie ein Blinder von der Farbe!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lange.

Lange (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lamers, Sie wollten vorhin die Fakten auf den Tisch legen. Sie sind aber den Fakten elegant ausgewichen. Sie haben da einen Slalomlauf gemacht und teilweise über Situationen berichtet, bei denen Sie gar nicht dabei waren.

Ich würde mal sagen: Nennen wir doch mal die — —

(Klein [München] [CDU/CSU]: Aber Sie waren dabei?)

— Ich war dabei. In der Tat, ich war dabei, als der (C)
Staatssekretär Rühl seinen Vortrag gehalten hat. Und jetzt werde ich Ihnen gleich wiedergeben, was er dort gesagt hat. Und ich werde wiederholen, was der Kollege Scheer dazu gesagt hat, der auch dabei war.

(Tatge [GRÜNE]: Hören Sie mal zu! — Lamers [CDU/CSU]: Ich habe das Protokoll gelesen!)

Ich möchte mal die Fakten in der Reihenfolge nennen und insofern eine etwas andere Perspektive als der Kollege Scheer hereinbringen, die aber letzten Endes das gleiche aussagt.

Es ist ja eine interessante Chronologie. Im Juli 1985 legte die Bundesregierung in Genf einen **Drei-Stufen-Plan** der seismologischen **Verifikation von Atomtests** vor, dessen Umsetzung — —

(Berger [CDU/CSU]: Schlimm, was?)

— Das ist eine hervorragende Idee.

(Berger [CDU/CSU]: Prima!)

Nur ist ein Problem dabei, Herr Kollege Berger, daß die Umsetzung vier bis acht Jahre dauern würde und daß das parallel mit dem Interesse der Bundesregierung läuft, die Atomtests so lang wie möglich noch laufen zu lassen, weil der Verbündete, die USA, eben diese Atomtests braucht. Insofern wird etwas Negatives mit etwas Positivem gekoppelt. Sie wissen das sehr genau.

Im Oktober 1985 heißt es im Abrüstungs-Jahres-
bericht der Bundesregierung: (D)

> Während die nicht gebundenen Staaten die unmittelbare Aufnahme von Vertragsverhandlungen forderten, hielten die Länder der westlichen Gruppe die Klärung der Verifikationsfrage für nötig, bevor in die eigentlichen Vertragsverhandlungen eingetreten werden kann. Der Osten, der in der Verifikationsfrage eine restriktive Haltung einnimmt, unterstützte die nicht gebundenen Staaten. Für den Westen ist wegen der militärisch und sicherheitspolitisch besonders einschneidenden Wirkung eines umfassenden Teststopps eine verläßliche Verifikation unverzichtbar.

Mitte Januar 1986 legte **Generalsekretär Gorbatschow** einen — nach allen Richtungen hin aufgefaßt — noch nie dagewesenen **Drei-Stufen-Plan zur umfassenden nuklearen Abrüstung** vor. Darin sind enthalten die Verlängerung des Testmoratoriums der Sowjetunion um drei Monate und — ich zitiere aus dieser Erklärung — dies:

> Die Kontrolle über die zu vernichtenden und zu begrenzenden Rüstungen würde sowohl durch die nationalen technischen Mittel als auch durch Inspektionen vor Ort vorgenommen. Die UdSSR ist bereit, jegliche zusätzliche Kontrollmaßnahme zu vereinbaren.

Was passiert gleichzeitig hier in Bonn? Da erfahren die interessierten Abgeordneten von der Bundesregierung folgendes — und das ist das, was der **Staatssekretär Rühl** im Verteidigungsausschuß und offensichtlich auch anderswo nachweisbar gesagt

Lange

(A) hat —: Zwar messe das BMVg dem Ziel eines umfassenden Teststopps langfristig große Bedeutung bei.

(Zuruf des Abg. Dr. Schierholz [GRÜNE])

Aber eine begrenzte Anzahl von Kernwaffentests bleibt notwendig, solange **Nuklearwaffen Teile der Abschreckungsdoktrin** bleiben müssen. Das heißt ja nichts anderes, als daß man weiterhin auf Nukleartests bauen möchte, und zwar unabhängig davon, wie sich die jeweilige außenpolitische Situation darstellt.

(Horn [SPD]: Das ist die Sachlage!)

Damit kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die **Bundesregierung** an einem Atomteststopp inzwischen überhaupt nicht mehr interessiert ist. Das entspricht allerdings der Logik Ihrer Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter die **amerikanische Hegemonialpolitik,** auf deren Hintergrund auch das Thema SDI zu betrachten ist. Denn wer — wie der Bundeskanzler — das Thema SDI als gerechtfertigt betrachtet oder — wie der Bundesverteidigungsminister — gar als notwendig, der muß zwangsläufig auch für die Erprobung des Röntgenlasers sein, der die Energie aus Nuklearexplosionen bezieht. Wer auf den **Ersteinsatz von Nuklearwaffen** pocht — wie es die Bundesregierung in der NATO tut —, der muß dafür sein, daß Beschleunigungstests der Atomwaffenzünder unter dem Aspekt der Zuverlässigkeit erprobt werden. Die Bundesregierung weiß genau: Ein CTB muß, wenn er Sinn machen soll, so schnell wie möglich (B) abgeschlossen werden. Mehr noch: Er müßte ergänzt werden durch ein Flugtestverbot für ballistische Flugkörper, um die Wahrscheinlichkeit der Zerstörung von Hartzielen zu verringern.

Wir können nur an die Bundesregierung appellieren, sich nicht einer amerikanischen Politik anzuschließen, die derzeit kein Interesse an einer Abrüstung atomarer Waffen hat. Sie sollte statt dessen lieber dafür sorgen, daß die sicherlich überraschenden Pläne von Gorbatschow nicht nur — wie es immer so schön heißt — geprüft, sondern auch umgesetzt werden, und zwar so schnell wie möglich,

(Lamers [CDU/CSU]: Unbesehen?)

damit man vom Wort endlich zur Tat schreitet.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob diese Bundesregierung mit ihrer Atompolitik so weitermacht wie bisher. Wenn sie es tut, dann wird es allerdings höchste Zeit, daß sie von der Bildfläche verschwindet. Ich weiß nicht, ob diese ehrenwerte Gesellschaft der offenen Hände und der fröhlichen Mienen ein „Gruselkabinett" ist, wie es aus Ihren eigenen Reihen heißt. Aber eines weiß ich: Ich weiß, daß es immer mehr Menschen vor solchen Traumtänzern auf atomarem Parkett graust.

Ich frage mich auch weiterhin: Wo ist denn die Kontinuität des Auswärtigen Amtes geblieben? Ich habe geradezu den Eindruck, daß Genscher, Bangemann, Möllemann und wie sie alle heißen eine Verhandlungspolitik nach dem Motto betreiben: Als muskelbepackte Tarzane gehen sie in die Verhandlungsräume hinein und als Maskottchen kommen sie wieder heraus. Ich glaube, daß diese Politik im (C) Grunde genommen jetzt endgültig gescheitert ist, daß die letzten Relikte der Entspannungspolitik verschwunden sind und daß wir damit rechnen müssen, daß die Aufrüstungspolitik der Koalition — der Reihenfolge nach bestehend aus CSU, CDU, FDP — um sich greift.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Schierholz [GRÜNE]: Leider wahr!)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Ronneburger.

Ronneburger (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Scheer, wenn Worte noch einen Sinn haben sollen, dann ist es wohl so, daß Sie einer **Bundesregierung,** die im Sommer des vergangenen Jahres einen international anerkannten umfassenden Vorschlag für ein **seismologisches Überwachungssystem von Atomtests** gemacht hat, vorwerfen, die Haltung eben dieser Bundesregierung sei unklar. Ich würde Ihnen von dieser Stelle aus allerdings gern eines sagen: Wenn es in dem Abrüstungsbericht der Bundesregierung heißt: Allerdings wäre die Verwirklichung eines CTB nicht gleichbedeutend mit der Reduzierung von Nuklearwaffen, dann meine ich, daß hier eine schlichte Wahrheit und nichts anderes ausgesprochen wird. Gleichzeitig — dies sollte ja wohl nicht übersehen werden — wohnt dieser Aussage (D) aber auch die Tendenz inne, über einen umfassenden Teststopp hinaus auch zu einer Reduzierung von Atomwaffen zu kommen. Dies sollte jeder gutwillige Leser dieser Zeilen jedenfalls nicht übersehen. Das ist ja wohl unbestreitbar, denn welchen Sinn würde ein solcher Satz auf der anderen Seite machen?

Ich möchte aber gern auf einen Mangel der öffentlichen Diskussion hinweisen, der im Augenblick eine wesentliche Rolle spielt. Es wird von einem **Moratorium** und von einem Teststopp gesprochen. Damit hier überhaupt kein Zweifel entsteht: Moratorium heißt im eigentlichen Wortsinne Zögern, ein zeitweises Aussetzen von Atomtests, für einen begrenzten Zeitraum; im heutigen Sprachgebrauch vielleicht sogar ein Einschränken. Aber wenn man solche Vorschläge für Moratorien und auch für deren Verlängerung macht, dann wird ja damit nicht aus der Welt geräumt, daß das eigentliche Ziel der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen kein Zögern in dieser Frage ist, sondern eine klare und eindeutige Entscheidung gegen jeden Atomtest und gegen jede Fortsetzung einer Testreihe, möglicherweise nach einer zeitweisen Unterbrechung. Dies ist das Ziel, das wir verfolgen, ein Ziel, an dessen Ende dann tatsächlich die Verringerung oder vielleicht sogar, wie wir heute in den internationalen Verhandlungen hoffen können, eine Beseitigung von Atomwaffen auf dieser Erde stehen könnte. Darum geht es, und darüber muß in aller Eindeutigkeit und, Herr Kollege Dr. Scheer, ohne jede Aufgeregtheit gesprochen werden. Sie sollten nicht in

Ronneburger

(A) Äußerungen hineininterpretieren, was in ihnen nicht gelegen hat.

(Dr. Vogel [SPD]: Wo ist denn der Herr? Er kann sich doch äußern! — Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Die Äußerungen sind eindeutig, Herr Ronneburger!)

Denn die Haltung der Bundesregierung, die Haltung der Koalition ist eindeutig auf das **umfassende Verbot von Kernsprengungen** gerichtet, wie die exakte Terminologie heißt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Vogel [SPD]: Der Staatssekretär läßt durch Herrn Ronneburger interpretieren!)

Darum geht es und um nichts anderes.

Herr Kollege Dr. Scheer, ich habe Ihre Ausführungen mit großem Interesse gehört, aber eines hat mich dann doch verblüfft.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Das ist ja schön!)

— Das ist sehr schön, Herr Dr. Klejdzinski, aber Sie regen mich auch nicht mehr auf. Das hat es früher einmal, am Anfang meiner Laufbahn und meiner Begegnung mit Ihnen gegeben. Dies ist vorbei.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eines hat mich verblüfft, Herr Kollege Dr. Scheer: Sie haben mehr oder weniger die Bundesregierung aufgefordert, endlich mit ihren **Atomtests** aufzuhören.

(B) (Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Scheer [SPD]: Dummes Zeug! Sie soll dabei mitwirken, daß es dazu kommt!)

— Natürlich haben Sie das gesagt! Lesen Sie das Protokoll nach! — Das eine ist ja wohl unübersehbar: Die Bundesrepublik hat noch nicht einen einzigen Test dieser Art durchgeführt, und sie wird es mit aller Sicherheit nicht tun.

(Dr. Klejdzinski [SPD]: Herr Ronneburger, wohin wandern Sie?)

Sie wird in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten die Vorschläge, die aus Moskau jetzt erfreulicherweise gekommen sind, mit aller Sorgfalt behandeln, mit dem Ziel, die Bedrohung der Menschheit durch atomare Waffen auch dadurch zu beenden, daß am Anfang des Endes dieser Bedrohung ein umfassendes Verbot von Kernsprengungen steht und daß dies international überwacht werden kann, um die Sicherheit in Ost und West für die Menschen auf dieser Erde zu vergrößern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich einmal feststellen, daß es eine Mißachtung des Parlaments ist, daß, wenn es um eine Äußerung des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Herrn Rühl, geht, von der Bundesregierung, aus dem Bundesministerium der Verteidigung, niemand hier anwesend ist. (C)

(Beifall bei der SPD — Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Sehr wahr! Unverschämtheit! — Berger [CDU/CSU]: Da ging es um die Haltung der Bundesregierung!)

— Es geht hier nicht darum, Herr Berger, was Sie erzählen. Es geht ganz einfach darum, daß genau bekannt war, daß wir zu diesem Thema reden. Derjenige, der im Ausschuß dazu geredet hat und dessen Mißinterpretationen heute hier zur Diskussion stehen, sollte zumindest erscheinen, hier sein, oder sich vertreten lassen.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Mißinterpretiert habt ihr!)

Die Koalitionsfraktionen reden von der Kontinuität in ihrer Politik. Wir reden heute über folgende Äußerung des Staatssekretärs — ich zitiere —:

> In der nuklearen Rüstungskontrolle kann ein umfassender Teststopp nicht am Anfang stehen.

Ich zitiere weiter:

> Eine begrenzte Anzahl von Kernwaffentests bleibt notwendig, solange Nuklearwaffen zur Gewährleistung einer sicheren, verläßlichen und wirksamen Abschreckung, von der die Bewahrung des Friedens abhängt, Mittel unserer Strategie sind.

Um diese beiden Äußerungen geht es im einzelnen. (D)

Der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten Weinberger hat in der vorigen Woche erklärt, er wolle dem russischen Beispiel nicht folgen, nämlich einem **dreimonatigen Moratorium für unterirdische Atomversuche** zuzustimmen.

(Dr. Vogel [SPD]: Das ist ja eine Brüskierung des Parlaments, was hier stattfindet! Der Staatssekretär verachtet das Parlament!)

Warum hat er das nicht getan? Dazu ein paar Bemerkungen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage des amerikanischen Experten Speaks, der die Auffassung vertritt, die Sowjetunion habe keine unterirdischen Atomversuche nötig; die USA dagegen könnten auf bestimmte atomare Versuche nicht verzichten. Für die USA seien unterirdische Atomtests sehr wichtig. Deshalb würden die USA diese Tests fortsetzen.

Beim Studium der uns Sozialdemokraten zugänglichen Literatur fällt auf, daß eine Begründung für die Fortsetzung der unterirdischen Atomtests die ist, sie seien notwendig, um atomare Waffen modernisieren zu können. Welche Waffen bitte, wo werden sie eingesetzt? Wahrscheinlich nur in Europa.

(Lamers [CDU/CSU]: Überhaupt nicht! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Sie sind zumindest für diesen Bereich vorgesehen. — Eine weitere Begründung lautet — sie ist nach meiner Ansicht sehr gängig —, daß sie „for the

Dr. Klejdzinski

(A) president's strategic modernization program" notwendig seien.

(Bohl [CDU/CSU]: Die Amtssprache ist Deutsch!)

Für mich machen die von den amerikanischen Experten vertretenen Auffassungen, atomare Tests seien notwendig, nur dann Sinn, wenn man beabsichtigt, die **Strategische Verteidigungsinitiative** zu konkretisieren. Die Erforschung von Energiestrahlwaffen ist ein wichtiges Teilforschungsgebiet im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative. Unter anderem sollen Forschungen — der Kollege Lange hat bereits darauf hingewiesen — zur Entwicklung eines wasserstoffbombengepumpten Röntgenstrahllasers stattfinden. Die hohen Energiemengen, die Intensität und die Stärke in einem sehr kurzen Zeitabschnitt sollen nur durch eine geregelte atomare Explosion bereitgestellt werden können.

Die **Bundesregierung** muß klarstellen, welche **Position** sie zum umfassenden Teststopp hat. Es reicht nicht aus, einerseits zu erklären — wie im Jahresabrüstungsbericht 1985 —, sie messe dem Ziel eines **umfassenden nuklearen Teststopps** große Bedeutung zu, sich andererseits aber an der Strategischen Verteidigungsinitiative zu beteiligen bzw. SDI und damit indirekt auch weitere atomare Versuche zu begrüßen.

Die Bundesregierung hat hier Absetzen von der gemeinsamen Position aller hier im Bundestag vertretenen Parteien zur Taktik erhoben. Um sich an
(B) der Strategischen Verteidigungsinitiative beteiligen zu können, wird das widerrufen, was uns einmal auszeichnete, nämlich die Tatsache, daß der frühere Staatsminister Dr. Mertes noch im Juli 1984 vor der Genfer Abrüstungskonferenz ein sehr klares Bekenntnis zum vollständigen Versuchsverbot abgeben konnte. Das hat damals die Unterstützung aller Bundestagsfraktionen gefunden.

(Lamers [CDU/CSU]: Das ist nach wie vor so!)

Ich gehe davon aus, daß solche Einlassungen, die der Bundesminister der Verteidigung, vertreten durch seinen Staatssekretär Rühl, gemacht hat, so nicht im Raum stehen bleiben können; sie bedürfen der Richtigstellung. Ich bin dafür, daß das Bundesministerium der Verteidigung heute morgen hier in der Sache antwortet

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und sich durch Fernbleiben nicht der Diskussion entzieht. Möglicherweise besteht ein **Dissens** zwischen den **Äußerungen des Außenministers** und der **Auffassung des Bundesministers der Verteidigung.** Dies muß geklärt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!)

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Vogel, das ist bereits angemeldet.

Nach § 42 unserer Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Porzner. (C)

Porzner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für das Parlament eine Zumutung, daß bei diesem Thema der Bundesminister der Verteidigung nicht anwesend ist und daß auch sonst niemand hier ist, der in diesem Ministerium politische Verantwortung hat.

Ich beantrage deswegen nach § 42 der Geschäftsordnung die **Herbeirufung des Bundesministers der Verteidigung.**

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort nach § 42 der Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Bohl.

Bohl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, daß der Antrag in der Sache unbegründet ist,

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

weil die Zuständigkeit eindeutig beim Bundesaußenminister liegt.

(Berger [CDU/CSU]: So ist es!)

Es ist in den Vorbesprechungen auch eindeutig darauf hingewiesen worden, daß die Bundesregierung durch Herrn Staatsminister Möllemann vertreten sein werde. Daran ist kein Anstoß genommen worden. Aus all diesen Gründen besteht keine Veranlassung, diesem Antrag zu entsprechen. (D)

Herr Präsident, ich beantrage aber nach § 45 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die **Beschlußfähigkeit** des Hauses bei der Abstimmung feststellen zu lassen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Gleichzeitig beantrage ich, nach § 45 Abs. 2 Satz 2 die Abstimmung darüber für eine Zeit von vielleicht zehn Minuten auszusetzen.

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, in § 45 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung heißt es:

> Wird vor Beginn einer Abstimmung die Beschlußfähigkeit von einer Fraktion ... bezweifelt..., so ist in Verbindung mit der Abstimmung die Beschlußfähigkeit durch Zählung der Stimmen (§ 51) festzustellen. Der Präsident kann die Abstimmung auf kurze Zeit aussetzen.

Ich setze die Abstimmung auf zehn Minuten aus.

(Tatge [GRÜNE]: Hoffentlich kommen die Kollegen aus dem Bett!)

(Unterbrechung von 8.31 bis 8.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir fahren in der Sitzung fort.

Die Fraktion der SPD hat nach § 42 der Geschäftsordnung den Antrag gestellt, den Bundesminister der Verteidigung herbeizurufen. Nachdem von seiten der CDU/CSU-Fraktion die Beschlußfähigkeit angezweifelt worden ist, muß ich die Ab-

Präsident Dr. Jenninger

(A) stimmung über den Antrag der SPD mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Zählung der Stimmen verbinden.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, zur Feststellung der Beschlußfähigkeit und Zählung der Stimmen den Saal zu verlassen.

Ich bitte die Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen. — Sind die Schriftführer an ihren Plätzen? —

Meine Damen und Herren, ich bitte die Türen zu schließen.

Die Abstimmung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Türen zu schließen. Ich bitte die Schriftführer, mir das Ergebnis der Zählung der Stimmen mitzuteilen. (C)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Zur Beschlußfähigkeit des Hauses sind 261 Stimmen erforderlich. Abgegeben worden sind 96 Ja-Stimmen, 151 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen, insgesamt 247 Stimmen. Damit ist die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht erreicht.

Ich schließe die Sitzung und berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages für den heutigen Tag um 9.30 Uhr ein.

(Schluß der Sitzung: 8.56 Uhr)

(B)

(D)

(A) **Anlage zum Stenographischen Bericht** (C)

Anlage

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	24. 1.
Borchert	24. 1.
Büchner (Speyer)	24. 1.
Buschbom	24. 1.
Collet	24. 1.
Ertl	24. 1.
Frau Fischer	24. 1.
Funk	24. 1.
Gallus	24. 1.
Glos	24. 1.
Dr. Häfele	23. 1.
Dr. Hauff	23. 1.
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	24. 1.
Junghans	24. 1.
Kiechle	24. 1.
Dr. Kreile	24. 1.
Dr. Kübler	23. 1.
Dr. Graf Lambsdorff	23. 1.
Lintner	24. 1.
Marschewski	24. 1.
Müller (Düsseldorf)	23. 1.
Frau Renger	23. 1.
Schmidt (Hamburg)	24. 1.
Frau Schmidt (Nürnberg)	24. 1.
Dr. Schmude	24. 1.
von Schmude	24. 1.
Schröder (Hannover)	24. 1.
Frau Simonis	24. 1.
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim *	24. 1.
Stiegler	23. 1.
Todenhöfer	24. 1.
Verheugen	24. 1.
Vogt (Düren)	24. 1.
Wieczorek (Duisburg)	23. 1.

(B) (D)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980